



„Europa muss ein Akteur sein, der sich auch international einmischt.“

Kanzlerin Angela Merkel hat gestern erneut für eine größere Eigenständigkeit Europas geworben



„Es ist notwendig, dass die Europäer ihre eigene Zukunft selbst in die Hand nehmen. Italien teilt die Ansicht.“

Italiens Regierungschef Paolo Gentiloni spricht sich wie Kanzlerin Merkel für ein eigenständigeres Europa aus

## Weißes Haus: Trumps Verhältnis zu Merkel „ziemlich unglaublich“

WASHINGTON (APA/AFP). Das Weiße Haus hat Konflikte zwischen US-Präsident Donald Trump und Kanzlerin Angela Merkel bestritten. Ihre Äußerungen, dass die Europäer ihr Schicksal nun „wirklich in die eigene Hand nehmen müssen“, bezeichnete Präsidentensprecher Sean Spicer gestern als „großartig“. Sie entsprächen genau dem, „was der Präsident gefordert hat“. Merkels Aussagen

seien der Beleg, dass Trump „Ergebnisse erzielt“. Spicer verwies auch darauf, dass Merkel die fortwährende Freundschaft zwischen Deutschland und den USA Staaten unterstrichen hatte. Die Beziehung zwischen Trump und Merkel beschrieb er als „ziemlich unglaublich“, sie kämen „sehr gut“ miteinander aus. Trump respektiere Merkel und sehe Deutschland und das übrige Europa als Verbündete. ◦

# Trump legt gegen Deutschland nach

USA: US-Präsident geht Merkel auf Twitter an – Deutscher Handelsüberschuss „sehr schlecht für USA“

WASHINGTON/BERLIN (APA/dpa/Reuters). US-Präsident Donald Trump hat erneut den deutschen Außenhandelsüberschuss kritisiert und Deutschland zu geringe Verteidigungsausgaben vorgeworfen.

„Wir haben ein MASSIVES Handelsdefizit mit Deutschland plus sie zahlen VIEL WENIGER für die NATO und das Militär, als sie sollten“, schrieb Trump gestern auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. „Das ist sehr schlecht für die USA. Das wird sich ändern.“ Trump hat mehrmals von den NATO-Verbündeten höhere Verteidigungsausgaben gefordert.

Nach den weitgehend gescheiterten Gipfeln von G7 und Nato hatte Kanzlerin Angela Merkel bereits Zweifel an der Verlässlichkeit der USA geäußert und Trump indirekt vor einem Weg in die Isolation gewarnt. Sie sagte, Europa müsse sein Schicksal mehr selber in die Hand nehmen. Gestern pochte sie erneut auf ein eigenständigeres Europa.



Donald Trump setzt weiter auf Konfrontation.

LaPresse/LaPresse/ABACA

### „Der Westen ist kleiner geworden“

„Europa muss ein Akteur sein, der sich auch international einmischt“, sagte sie gestern nach deutsch-indischen Regierungskonsultationen in Berlin. Merkel mahnte etwa eine bessere gemeinsame Außenpolitik der Staaten in Europa an. Zudem müsse die EU in der Migrationspolitik besser werden. Zugleich hob Merkel aber die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen hervor. Das Treffen mit Modi sei „in keiner Weise gegen irgendwelche anderen Beziehungen gerichtet und schon gar nicht gegen

die transatlantischen Beziehungen, die historisch für uns von großer Wichtigkeit sind und auch in Zukunft bleiben werden“. Merkel wies den Verdacht zurück, Deutschland und die EU könnten sich nun von den USA abwenden und sich mehr um Partner wie China oder Indien kümmern.

Zuletzt waren Stimmen laut geworden, angesichts der neuen US-Außenpolitik könnten die Beziehungen mit den beiden aufstrebenden Wirtschaftsmächten stärker in den Fokus rücken. In Deutschland selbst entbrannte in der Regierungskoalition eine Debatte über den richtigen Umgang mit Trump. Außenminister Sigmar Gabriel forderte eine Ab-

grenzung der EU gegen die USA. Er sprach den USA die Führungsrolle in der westlichen Wertegemeinschaft ab. „Der Westen“ sei „kleiner geworden, mindestens ist er schwächer geworden“, so der Außenminister am Montag. Dennoch glaube er, „dass wir auch wieder zu guten Verhältnissen in Zukunft kommen werden.“

Dazu zähle, auch bessere Kommunikationsformen zu finden. „Es banalisiert sich jetzt langsam. Es ist, glaube ich, nicht angemessen, dass wir zwischen Bierzelt und Twitter miteinander kommunizieren“, sagte Gabriel gestern in Anspielung auf Merkel und Trump. SPD-Chef und Kanzlerkandidat Martin Schulz warf

Trump nach dem Nato- und dem G7-Gipfel gestern „politische Erpressung statt internationaler Diplomatie“ vor. „Wir Europäer dürfen uns der Aufrüstungslogik eines Donald Trump nicht unterwerfen“, schrieb Schulz mit Blick auf die Forderung des US-Präsidenten nach höheren Militärausgaben der Nato-Verbündeten in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel“.

Schulz kritisierte Trump auch, weil dieser sich bisher nicht zum Pariser Klimaabkommen bekannt hat. „Dass Donald Trump gegenwärtig zwischen den Positionen 'Aufkündigung' und 'Nachverhandeln' schwankt, ist ein verheerendes Signal.“ ◦

## Präsident Trump als Sicherheitsrisiko

VON THOMAS SPANG

WASHINGTON. Das „Presidential Daily Briefing“ gehört zu den wenigen Konstanten im Weißen Haus, an denen der sprunghafte Amtsinhaber festhält. Spätestens um 10.30 Uhr finden sich sein Nationaler Geheimdienst-Direktor Dan Coats und CIA-Chef Mike Pompeo im Oval Office ein. Nach Lage der Dinge kommen auch andere Spitzen der insgesamt 17 US-Geheimdienste und ein Tross an Experten aus den Fachreferaten hinzu. „Alles klar, was sind die schlechten Nachrichten heute morgen“ gehört zu den Sätzen, mit denen Trump die Runde begrüßt. Stets dabei ist auch der Nationale Sicherheitsberater H.R. McMaster, den Trump bloß „meinen General“ nennt, Vizepräsident Mike Pence und hohe Mitarbeiter aus dem West Wing. Laut einer investigativen Recherche der „Washington Post“, die auf Interviews mit mehreren Teilnehmern des täglichen Rituals beruht, verlangt Trump knappe Informationen. „Er konsumiert Geheimdienstinformationen wie alles sonst im Leben“, beschreibt Philip Rucker das Verhalten des Präsidenten. „Gefräßig und ungeduldig, begierig, die glitzernden Brocken zu schlucken, und oft gleichgültig gegenüber den Feinheiten“. Der chronisch ungeduldige „Commander-in-Chief“ will nicht



mehr als ein Blatt Papier erhalten, auf dem die wichtigsten Entwicklungen des Tages hinter Aufzählungspunkten aufgelistet sind. Wie in seiner Zeit als Baumagnat verlangt er von den Geheimdiensten Visuelles – Bilder, Karten und Videos. Laut CIA-Chef Pompeo hat Trump ein Faible für „Killer-Schaubilder“. Den Geheimdienstlern in Fachreferaten bereitet nicht nur Sorge, ob Trump die wichtigen Differenzierungen verinnerlicht. Teilnehmer der Briefings äußerten auch Zweifel, ob er 70-Jährige die sensiblen Informationen, Methoden und Quellen in ihrer Gänze versteht und für sich behält. Der Präsident der „Geheimdienste-Akademie“ Mark Lowenthal weiß, wie Experten in den Diensten damit hadern, „ihm brisantes Material zu überlassen“. Der Präsident als Sicherheitsrisiko? Lowenthal sagt der „Post“, dies sei das Ergebnis des Umgangs Trumps mit seinen Diensten. ◦

## EUROPA-SPLITTER

# EU und die Gewalt gegen Frauen

ISTANBUL-KONVENTION: Völkerrecht gegen häusliche Gewalt – Aktionsjahr 2017

BRÜSSEL. Im Aktionsjahr 2017 beschäftigt sich die EU in besonderem Maße mit der Gewalt gegen Frauen. 10 Millionen Euro werden für entsprechende Projekte zur Verfügung gestellt. Der Rat der Europäischen Union hat sich kürzlich darauf geeinigt, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt – die sogenannte „Istanbul-Konvention“ – zu unterzeichnen.

Er bezieht sich in seinem Beschluss auf die groß angelegte Umfrage der EU-Grundrechteagentur in Wien.

Diese 2014 publizierte Erhebung war die bisher größte ihrer Art und hat weltweit Interesse geweckt. Mehr als 42.000 Frauen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren in detaillierten Interviews nach ihren persönlichen Erfahrungen befragt worden. Nachstehend das Ergebnis:

► Jede dritte Frau (33 Prozent) gab an, seit ihrem 15. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erfahren zu haben.



Symbolbild Gewalt gegen Frauen  
APA/HANS KLAUS TECHT

► Jede zehnte Frau gab an, seit ihrem 15. Lebensjahr eine Form sexueller Gewalt erfahren zu haben, und jede zwanzigste wurde vergewaltigt.

► Etwas mehr als jede fünfte Frau hat körperliche

und/oder sexuelle Gewalt in ihrer jetzigen oder vergangenen Partnerschaft erfahren.

► 2 von 5 Frauen (43 Prozent) waren in ihrer Partnerschaft einer Form psychischer Gewalt ausgesetzt.

► In den 12 Monaten vor der Befragung haben geschätzte 13 Millionen Frauen EU-weit körperliche Gewalt erfahren.

Die Istanbul-Konvention verpflichtet die Vertragsparteien, den Schutz der Opfer zu verbessern und die strafrechtliche Verfolgung der Straftäter zu gewährleisten. Alle Formen von Gewalt sind mitumfasst: psychische und physische Gewalt, sexuelle Gewalt und Vergewaltigung, Stalking, weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Zwangsabtreibung und Zwangssterilisation.

Zu den konkreten Verpflichtungen der Vertragsparteien gehören unter anderem:

• Ermächtigung der Polizei, eine Person, die häusliche Gewalt verübt hat, aus ihrer Wohnung zu entfernen.

• Landesweit müssen Schutzunterkünfte in ausreichender Zahl und angemessen verteilt zur Verfügung stehen.

• Kostenlose Notrufnummern müssen eingerichtet werden.

• Die Vertragsparteien müssen gewährleisten, dass für Vergewaltigungsoffer und Opfer sexueller Gewalt leicht zugängliche Hilfszentren zur Verfügung stehen, die sofortige ärztliche Beratung, Betreuung und forensische Dienste leisten.

Die Konvention ist nach Istanbul benannt, da sie dort im April 2011 bei einem Ministertreffen zur Unterzeichnung aufgelegt wurde. Sie ist seit dem 1. August 2014 rechtsverbindlich. Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben die Konvention unterzeichnet, aber eine Hälfte von ihnen muss den Vertrag erst ratifizieren – er ist also erst in rund der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten (einschließlich Italien und Österreich) in Kraft.

© Alle Rechte vorbehalten

## 4 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



„Dolomiten“: Die Umfrage der EU-Grundrechteagentur besagt, dass in Österreich und Italien 9 Prozent der Frauen sexuelle Gewalt erfahren haben. In den skandinavischen Ländern doppelt so viele. Wie kommt das?

Gabriel N. Toggenburg: Dieses Nord-Süd-Gefälle kann durchaus auch mit Emanzipation erklärt werden. Eine emanzipierte Frau wird leichter über Gewalterfahrungen sprechen. Sie wird einen weiteren Lebensradius haben und so potenziell mehr Gewaltpotenzial ausgesetzt sein. Und nicht zu vernachlässigen sind die doch sehr unterschiedlichen Alkoholkonsumgewohnheiten in den Ländern – auch ein Gewaltfaktor.

„D“: Strafrecht ist großteils Sache der Mitgliedsstaaten – ist ein Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention denn über-

haupt sinnvoll?

Toggenburg: Tatsächlich sind nicht alle der über 80 Artikel der Istanbul-Konvention für die EU von Relevanz. Doch der Beitritt wird die EU einem externen Überwachungsmechanismus unterwerfen.

„D“: Aber das gilt doch auch für alle Staaten?

Toggenburg: Ja, aber die EU misst da manchmal mit zweierlei Maß. Sie verlangt von ihren Mitgliedsstaaten, dass sie sich externer Kontrolle unterwerfen, pocht aber selbst auf ihre Autonomie, wenn es um völkerrechtliche Verpflichtungen geht. Deshalb ist dieser Beitritt ein wichtiges Symbol nach außen.

„D“: Ist denn die EU nicht Partei aller wichtiger Menschenrechtsabkommen?

Toggenburg: Nein, soweit nur der UN-Behindertenrechtskonvention. Die meisten älteren Abkommen sehen den Beitritt einer internationalen Organisation wie der EU nicht vor. ◦

\*Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz